

Jens Iversen
Stralsunder Kehre 6b
24558 Henstedt-Ulzburg
Tel.: 04193-969907
Fax: 04193-9036946
Mobil: 0162-2161013
E-Mail: Jens.Iversen@t-online.de

Rede des BFB-Fraktionsvorsitzenden Jens Iversen zur Flüchtlingsbetreuung, dem Auslaufen der Flüchtlingsberatung und weiteren grundsätzlichen Erwägungen rund um das Thema anlässlich der Sitzung der Gemeindevertretung vom 25. Juni 2024

Sehr geehrter Herr Bürgervorsteher,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Kollegen von SPD, Bündnis90/Grüne und WHU,
sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich vorweg einige Worte zu dem aktuellen Umfeld Henstedt-Ulzburg machen:

- Wir entscheiden heute, nach langer Diskussion und mehr als einem halben Jahr Verspätung über unseren Gemeindehaushalt 2024. Vorweggegangen sind etliche intensive Gespräche über Art und Umfang unserer Ausgaben. Hierbei haben wir – ich denke doch alle Fraktionen – besonderes Augenmerk auf die Notwendigkeit und die Kostenhöhe gelegt.

Besonderes Augenmerk haben und werden wir auch zukünftig auf die Effektivität unserer Ausgaben gelegt. Die BFB hat schon im Laufe des Jahres 2023 mehrfach betont, dass bei den aktuellen und sich weiter abzeichnenden finanziellen Problemstellungen wir auch vor der Rücknahme von freiwilligen Leistungen, die wir bisher finanzieren konnten, nicht umhinkommen. In keinem Fall werden wir aber Leistungen, zu denen das Land verpflichtet ist, freiwillig übernehmen und gleichzeitig unsere eigene Verwaltungen budgetieren um die selbstständige Handlungsfähigkeit von Henstedt-Ulzburg zu sichern.

Eine solche Situation hat sich aus unserer Sicht jetzt mit der Flüchtlingsberatung der Diakonie Altholstein ergeben.

Ausweislich der Vorlage VO/2024/105 – dem Bericht über die Beratungstätigkeit des Flüchtlingsberatung des Diakonischen Werks wurden im Jahr 2023

- 297 Personen beraten, davon 288 in Henstedt-Ulzburg wohnhaft.
- Rein rechnerisch kosten Henstedt-Ulzburg also ein Fall 355,00 € - sehr viel Geld, vor dessen Hintergrund wir überlegen, ob wir das nicht besser hinbekommen.
- Aber es sind nicht nur die Kosten, die uns die Vertragsverlängerung kritische sehen lassen. Es ist auch die Effektivität.
 - Bei annähernd allen Beratungsfällen kommt es zu Mehrfachberatungen.
 - Auch wurden aus unserer Sicht die Beratungsfälle vielfach nicht gelöst. Der Bericht spricht von Weitervermittlung und Kooperation an/mit
 - Der Gemeindeverwaltung Henstedt-Ulzburg
 - Ehrenamtsinitiativen
 - Der VHS Henstedt-Ulzburg
 - Der VHS Kaltenkirchen
 - Der Agentur für Arbeit Kaltenkirchen/Norderstedt
 - Und rund 20 weiteren Institutionen bis hin zum Auswertigen Amt.
 - Besonders erschreckend finden wir, es explizit darauf hingewiesen wird, das für anderen Behörden unterstützende Tätigkeiten ausgeführt werden mussten, speziell wir hier das Jobcenter genannt. Getreu dem BFB-Motto, dass das Übel stets an der Wurzel zu beseitigen ist, können wir nicht mit Finanzmitteln der Gemeinde aufgabenfremde Leistungen dauerhaft subventionieren. Wenn es wirklich so schlimm ist, wie es der Jahresbericht 2023 darstellt, muss die Landesregierung hier dringen Abhilfe schaffen. Dies wird sie nicht tun, wenn Kommunen wie wir es ihr permanent abnehmen.

Wir verschließen uns nicht vor der Tatsache, dass es tatsächlich Beratungsbedarf in Flüchtlingsfragen gibt, die auch von uns zu erfüllen sind. Beratungsbedarf, den wir aber zu leisten haben, müssen wir auch durch unsere Verwaltung erbringen. In diesem Zusammenhang erinnere ich nur kurz daran, dass es die Verwaltung war, die im Zuge des Personalkostendeckels und durch die anschließend notwendige Priorisierung eine ursprünglich geplante Stelle im Bereich der Flüchtlingsbetreuung gestrichen hatte.

Soviel zu dem Komplex Diakonie Altholstein.

In einem Artikel der Norderstedter Zeitung vom 8. Juni 2024 wird versucht, das Thema Flüchtlinge umfänglich zu betrachten. Bevor ich näher auf die Berichterstattung eingehe, möchte ich anmerken, dass der Redakteur zu keinem Zeitpunkt die BFB um eine Stellungnahme zu diesem Thema gebeten hat. Das stimmt mich schon verwunderlich und ich möchte daran erinnern, dass das der Redakteur der von uns als Krawallblatt betitelten Henstedt-Ulzheimer Nachrichten der einzige Journalist war, der mit mir jemals über diese Problematik gesprochen hat. Was Herr Meder von mir hörte war offensichtlich so unspektakulär, dass sogar die HUN von einer reißerischen Berichterstattung abgesehen haben.

Zu den einzelnen Punkten:

- Schließung des Zentrums der Hilfe im CCU: Zunächst einmal möchte sich zumindest die BFB – wenn es schon keine andere Fraktion macht – besonders herzlich bei dem CCU und seinem Centermanager Erich Lawrenz bedanken. Eine lange Zeit stellte das CCU vollkommen kostenfrei die große Fläche als Zentrum der Hilfe der Gemeinde zur Verfügung. Es war vollkommen klar, dass dies natürlich nur eine temporäre Lösung war, die spätestens dann ein Ende finden würde, wenn das CCU die Fläche anderweitig wirtschaftlich nutzen könnte. Und dies passiert jetzt. Mit Entstehen des 3. Ortes auf dieser Fläche wird unserer Bevölkerung ein modernes Zentrum für Treffen, Kommunikation, Lernen und vielem mehr ab 2025 zur Verfügung gestellt. Bemerkenswerter Weise trägt der Antrag, den 3. Ort im CCU zu installieren, nicht die Unterschrift der SPD. Im Gegenteil: Bei den ersten fraktionsübergreifenden Gesprächen zu diesem Thema war es die SPD, die mit Hinweis auf die dann zu entfallende Fläche für das Zentrum der Hilfe, diese Entscheidung zunächst nicht mittragen wollte. Wie wir jetzt wissen, hat sich diese Meinung inzwischen geändert. Trotzdem: Mit fällt hierzu das Sprichwort „man reicht den kleinen Finger und die SPD nimmt die ganze Hand“ ein.
- Die Verquickung von Flüchtlingsunterbringung, Flüchtlingsintegration und der Entwicklung unserer Kriminalitätsstatistik. Zugegeben schwere Kost. Im genannten Artikel der Norderstedter Zeitung wird versucht, die Entscheidung weg von der dezentralen Flüchtlingsunterbringung hin zu zwei größeren Einrichtungen so zu negieren, dass sich Integration nur schwer organisieren lässt und das entstehende Umfeld Kriminalitätssteigerungen herbeiführen wird. Das sehen wir so nicht. Unser Konzept von zwei Unterkünften mit je 100 Bettenplätzen sieht im Gegenteil vor, die auch von uns als notwendig erachteten Integrationskurse vor Ort durchzuführen und somit wiederum eine Effektivitätssteigerung zu erhalten. Auch beweist die Entwicklung unserer Kriminalitätsstatistik keinesfalls das beschriebene Szenario. Im Gegenteil. Die aktuelle Statistik weist einen Anstieg der Kriminalität bei uns aus – und dass ja vor dem aktuell noch dezentralen Unterbringungskonzept.

Die BFB ist nach wie vor davon überzeugt, dass wir gemeinsam mit CDU und FDP die richtigen Weichenstellungen vorgenommen haben.

Vielen Dank